

Kitas, Horte und Tagespflege als kommunale Gestaltungsaufgabe

Eine Umfrage des Kita-Stadtelternrates Rostock
zur Kommunalwahl 2019



Kita-Stadtelternrat der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

E-Mail: kitastadtelternratrostock@posteo.de

Web: <https://www.kitaelternrostock.de/>

Anliegen und Ausführung der Umfrage



Warum eine Umfrage? Der Statelternrat möchte...

- das Bewusstsein politischer EntscheidungsträgerInnen für drängende Themen der Betreuung und Förderung von Kindern schärfen.
- auf das dafür nötige Sachwissen hinweisen, bzw. einen Austausch über Sachfragen anregen.
- vielfältige Dialoge über notwendiges politisches Handeln anstoßen, auch und besonders über die Wahlen hinaus.

Wer wurde befragt?

- Alle* zum Zeitpunkt der Umfrage erreichbaren Parteien, Bündnisse und OB-KandidatInnen, die sich zur Kommunalwahl in Rostock aufgestellt haben.
- Es wurden 10 Fragebögen mit insgesamt 90 Einzelantworten ausgewertet.

Was finde ich in dieser Präsentation?

- Diese Präsentation bietet eine Zusammenfassung der gegebenen Antworten, z.T. in wörtlicher Übernahme.
- Die Originalantworten können auf der Website des Statelternrates abgerufen werden:
<https://www.kitaelternrostock.de>

*außer NPD



Inhalte der Umfrage

1 Vergabe von Kita-Plätzen

1.1 Vergabe von Hortplätzen

1.2 Transparente Standards der Platzvergabe

2 Personalversorgung an Kitas

2.1 Fachkräftemangel

2.2 Personalschlüssel

3 Qualität der Betreuung und Bildung

3.1 Qualitätsentwicklung

3.2 Standards im Vorschuljahr

4 Flexibilisierung

4.1 Erweiterte Betreuungsangebote

4.2 Hortöffnungszeiten in den Ferien

5 Weitere Vorhaben der KandidatInnen

1 Vergabe von Kita-Plätzen

Kinder haben ab Vollendung des 1. Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kita oder in der Tagespflege.^[1] Eine verlässliche und transparente Vergabe der Plätze ist unverzichtbar. Bei der Suche nach einem Hortplatz spielt die Nähe zur Schule eine besondere Rolle.

[1] Vgl. §24 SGB VIII



1.1 Vergabe von Hortplätzen

Frage: Welche Ansätze wollen Sie verfolgen, damit alle Grundschulkinder, die den Bedarf haben, einen Hortplatz in der Nähe ihrer Schule zusammen mit ihren Klassenkameraden*innen nutzen können?



und OB-Kandidat
Claus Ruhe Madsen

Planung und Entwicklung

- Finanzielle und infrastrukturelle Rahmenbedingungen zur Sicherstellung von ausreichenden Hortplätzen sind zu gewährleisten.



Planung und Entwicklung

- Voraussetzung für die Platzversorgung sind eine funktionierende Bedarfsplanung und ausreichend Fachpersonal in den Einrichtungen.
- Die Bedarfsplanung soll nicht nach Einzelplätzen, sondern nach Klassenverbänden erfolgen, um die sozialen Beziehungen der Kinder zu unterstützen.
- Die Erfassung von Betreuungsbedürfnissen soll flexibler gestaltet sein und den tatsächlichen Bedarfe der Familien besser entsprechen.

Unterstützung durch Land/Bund

- Es fehlen Fachkräfte im Hortsystem.
- Die Stadt kann daran allein nichts ändern, Land und Bund sind gefordert, mehr Mittel einzusetzen.
- Ggf. braucht es dafür veränderte gesetzliche Grundlagen (Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Land und Bund in Bildungsangelegenheiten)



Planung und Entwicklung

- Kommunalpolitik und Stadtverwaltung (bes. Jugendamt) haben die Verantwortung, ausreichend Hortplätze vorzuhalten.

Vergabepraxis

- Horte sollen sich durch individuelle Konzepte unterscheiden.
- Eltern sollen unter den Angeboten frei wählen können.
- Wartelisten sollen von den Horten primär nach dem Nähekriterium bewertet werden.



und OB-Kandidat
Uwe Flachsmeyer

Kooperationspraxis

- Die Kooperationsbereitschaft zwischen Schule/Schulamt und freien (Hort-) Trägern muss gesichert werden.

Planung und Entwicklung

- Die Stadt soll gemeinsam mit den Trägern noch fehlende, schulnahe Hortplätze schaffen, ggf. durch die Bereitstellung zusätzlicher Räume.

Vergabepraxis

- Der Kita-Planer ist das geeignete Instrument, um der Stadt alle notwendigen Informationen zur Steuerung zur Verfügung zu stellen.



und OB-Kandidat
Steffen Bockhahn

Ausgangslage und Ziele

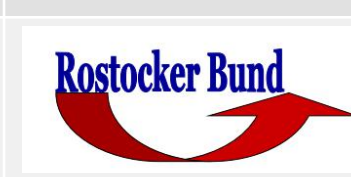
- Rostock weist bundesweit mit die höchste Inanspruchnahme von Hortplätzen auf, meist in räumlicher Nähe zur Schule.
- Die räumliche Einheit von Schule und Hort soll auch weiterhin das Ziel sein, auch um die Kooperation zwischen LehrerInnen und ErzieherInnen zu gewährleisten.
- In einigen Bereichen fehlen Räume und Personal, so dass im Moment nicht alle Wünsche nach einem Hortplatz erfüllt werden können.

Fachkräfte

- Sollen Hortkapazitäten ausgebaut werden, braucht es mehr Fachkräfte.
- Ausbildungsinitiativen sind Aufgabe des Landes.
- Die Stadt kann Kapazitäten öffentlicher beruflicher Schulen verbessern.

Vergabepraxis

- Vergabekriterium bei Platzmangel ist die Berufstätigkeit der Eltern.



und OB-Kandidatin
Sybille Bachmann

Kooperationspraxis

- Beförderung der Kooperation von Schulen & Trägern, ggf. Moderation durch die Stadt
- enge Zusammenarbeit mit dem Kita- & Schulelternrat der Stadt

Planung und Entwicklung

- Bau eines kommunalen Schulkomplexes am Groten Pohl (Südstadt) & Kooperation mit einem Kita/Hort-Träger
- bei Kita-Neubau in Schulnähe Aufnahme der Hortbetreuung in Leistungsvertrag
- Berücksichtigung von Hortbedarfen in der Schulentwicklungsplanung (ggf. Freihalten von Räumen)
- Überarbeitung der Kita-/ Hortplanung aufgrund des zu erwartenden höheren Bedarfs nach der Entgeltfreiheit für Eltern & des Bevölkerungswachstums
- quartiersbezogene Analyse zu Bedarfen & Handlungsmöglichkeiten



und OB-Kandidat
Chris Müller-von Wrycz
Rekowski

Planung und Entwicklung

- Die Bedarfsplanung muss sich an den tatsächlichen Bedarfen orientieren, Jugendamt und freie Träger müssen zur Ermittlung dieser Bedarfe zusammen arbeiten.
- Die Kita-Bedarfs-Planung muss angepasst werden, wenn Kinder keinen Hortplatz in der Nähe ihrer Schule bekommen oder die Nachfrage durch die Kostenbefreiung bei Kitas und Horten steigt.



und OB-Kandidat
Dirk Zierau

Kooperationspraxis

- Verbesserung der Kooperation zwischen den mit der Entwicklung von Schul- und Hortkapazitäten befassten Institutionen (Schulamt, Jugendamt, KOE), ggf. durch Schaffung einer übergeordneten Struktur
- Entwicklung eines einheitlichen Kalkulations- und Verhandlungsrahmens, um die Kooperation zwischen Stadt und Trägern zu verbessern

Planung und Entwicklung

- Ziel ist räumliche Einheit von Schule und Hort, vorübergehend sollen Hortplätze auch in zumutbarer Nähe zur Schule angeboten werden
- Erweiterung des Kita-Planers um Hortbelegungsplanung, Verbesserung der Effizienz und Verbindlichkeit des Systems

Unterstützung durch Land/Bund

- Das Land steht in der Verantwortung, dass die Kommunen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um bestenfalls direkt am Schulstandort Hortplätze zu schaffen.
- Das Landesgesetzes (KiFöG) muss die verfassungsmäßigen Finanzpflichten des Landes besser abbilden.

Edgar Schulze (OB Kandidat, parteilos)

Familienrechte

- Es gibt nach dem Bundes-Sozialgesetzbuch (VIII) keinen Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung für Schulkinder.

Kooperationen

- Zur Entwicklung von Hortangeboten sollen Gespräche mit den örtlichen Schulen geführt werden.

Planung und Entwicklung

- Ein Schulplatzschlüssel soll für ausreichend Schul- und Hortplätze in den Stadtquartieren sorgen, z.B. wenn es zu Wohnungsneubauten kommt.

Vergabepraxis

- Nicht die Nähe der Schule, sondern die Zumutbarkeit der Entfernung zwischen Hort und Schule soll im Zweifel über Zuweisung von Hortplätzen entscheiden.

Dr. Tom Reimer (OB Kandidat, parteilos)

Allgemeine Ziele

- Ziel ist die Verbesserung der Bildungsinstitutionen der Stadt, damit Kinder dort zu kreativen, zukunftsfähigen Persönlichkeiten heranwachsen können.
- Horte sollen Räume sein, in denen Kinder Vielfalt, gestaltbare Freiräume und fachlich kompetente Förderung erfahren.

Planung und Entwicklung

- Die räumliche Nähe von Schule und Hort soll gewährleistet sein, am Besten durch eine Kombination von Schule und Hort.
- Wo es an Plätzen fehlt, müssen diese geschaffen werden.

Vergabepraxis

- Die Vergabe von Hortplätzen soll transparent erfolgen.

1.2 Transparente Standards bei der Platzvergabe

Frage: Welche Ansätze und Strategien wollen Sie verfolgen, um für mehr Transparenz und einheitliche Standards bei der Vergabe von Betreuungsplätzen zu sorgen? Wie schätzen Sie in dem Zusammenhang die Zweckmäßigkeit des Kita-Planers ein und welche Vorschläge für dessen Weiterentwicklung bzw. für alternative Instrumente der Platzvergabe haben Sie?



und OB-Kandidat
Claus Ruhe Madsen

Kita-Planer

- ...ist in seiner jetzigen Form teilweise gescheitert.
- Viele Einrichtungen beteiligen sich nur unzureichend.
- Das System garantiert für Eltern aktuell keine verlässliche Platzvergabe.
- Zukünftig sollen Einrichtungen freie Plätze verbindlich an den Planer melden.
- Geklärt werden muss, inwieweit Einrichtungen zur Nutzung des Planers und zur Offenlegung ihrer Vergabekriterien verpflichtet werden können.

Vergabepaxis

- Wohn- oder arbeitsplatznahe Vergabe von Betreuungsplätzen soll Vorrang haben.



Kita-Planer

- Einrichtungen bilden aktuell ihre Kapazitäten nur unzureichend im Planer ab.
- Jedoch soll die Nutzung des Kita-Planers freiwillig für alle erfolgen, alles andere würde einen unververtretbaren bürokratischen Aufwand bedeuten.

Planung und Entwicklung

- Entscheidend ist eine an den familiären Lebensräumen angepasste Bedarfsplanung.
- Um echte Wahlfreiheit zu ermöglichen, soll das Platzangebot den tatsächlichen Bedarf deutlich übersteigen.
- Dadurch wären auch positive Auswirkungen auf den Betreuungsschlüssel zu erwarten.



Kita-Planer

- Der Planer soll Transparenz über freie Plätze und Belegung schaffen.
- Der Einbau von Filtern soll Einrichtungen bei der Auswahl von BewerberInnen unterstützen.
- Zugleich sollen Einrichtungen ihre Auswahlkriterien offen legen.

Vergabepaxis

- Die Bevorzugung von Krippenkindern (wegen höherer Mittelzuweisung) bei der Platzvergabe wird kritisch gesehen.
- Außerdem soll die Schaffung von Sperrplätzen für Kinder aus der Belegschaft von Großunternehmen eingedämmt werden.
- Ziel ist die Durchsetzung bestehender Rechtsansprüche für alle Kinder.
- Politik und Verwaltung stehen dabei in besonderer Verantwortung.



und OB-Kandidat
Uwe Flachsmeyer

Kita-Planer

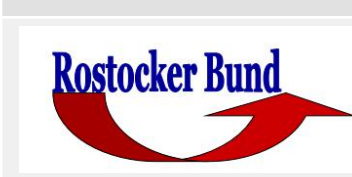
- ... ist unzureichend, weil nicht alle Einrichtungen teilnehmen.
- BewerberInnen sollen ihren Platz auf Wartelisten erfahren.
- Ggf. sollen Mehrfachanmeldungen unterbunden werden.
- Sobald der Kita-Planer zufriedenstellend funktioniert, sollen Bewerbungen um einen Betreuungsplatz ausschließlich über dieses System laufen.



und OB-Kandidat
Steffen Bockhahn

Vergabepaxis

- Durch das seit dem Jahr 2000 geltende, sog. Gewährleistungsmodell lagert die Stadt die Kita- und Hortversorgung vollständig an freie Träger aus.
- Damit ist die Platzvergabe rechtlich eine Sache zwischen Einrichtungen und Eltern.
- Die Stadt muss dafür sorgen, dass genügend Platzkapazitäten vorgehalten werden. Das geschehe gegenwärtig.
- DIE LINKE kritisiert das Gewährleistungsmodell, weist aber darauf hin, dass eine kurzfristige Änderung nicht möglich erscheint.



und OB-Kandidatin
Sybille Bachmann

Kita-Planer

- Verbesserung des Kita-Planers mittels elektr. Kitamanagements (z.B. Softwarelösung <https://kivan.lecos.de/kommune>), um die Interessen von Eltern, Träger und Verwaltung zusammenzubringen
- vertragliche Verpflichtung der Träger, die kommunale Zuschüsse erhalten, eigene Daten im Kita-Portal einzutragen und zu pflegen
- Erfahrungsaustausch zu Softwarelösungen mit anderen Kommunen
- Ziel: Eltern erhalten jeweils innerhalb von drei Monaten einen Kita-Platz



und OB-Kandidat
Chris Müller-von Wrycz
Rekowski

Kita-Planer

- ...hat die Erwartungen offenbar nicht erfüllt.

Planung und Entwicklung

- Grundlage der Vergabe von Plätzen ist eine „seriöse“ Planung der Platzkapazitäten (vgl. 1.1). Gibt es Probleme mit der Platzversorgung, scheint die Planung nicht ausreichend zu sein.
- Gespräche mit Kita- und Hortträgern sollen klären, wie Bedarfe abgedeckt werden können und welche Mittel dafür benötigt werden.



und OB-Kandidat
Dirk Zierau

Kita-Planer

- ...wird zur Zeit nur unzureichend genutzt.
- ...soll zukünftig ein effizientes Fachverfahren mit digitalem Workflow sein.
- Es ist zu prüfen, ob das Jugendamt über ausreichend Personal zur Betreuung des Systems verfügt.

Edgar Schulze (OB Kandidat, parteilos)

Kita-Planer

- Größtes Problem: Nicht alle machen mit.
- Der Kita-Planer soll für alle Einrichtungen verbindlich werden.
- Der Kitaplaner soll transparenter werden, z.B. BewerberInnen über ihren Platz auf Wartelisten informieren.

Dr. Tom Reimer (OB Kandidat, parteilos)

Kita-Planer

- Die Plattform hält alle wichtigen Informationen bereit.
- Es fehlt an Kommunikation und Kooperation zwischen Stadt und Einrichtungen sowie an verpflichtenden Vorgaben, um die Vergabe von Plätzen zu steuern.

Vergabepaxis

- Die Stadt ist verantwortlich, „klare Verhältnisse“ bei der Vergabe von Plätzen zu schaffen.
- Verpflichtende Regeln bei der Vergabe müssen für alle Träger gelten, fehlen diese Regeln, müssen sie geschaffen werden.

2 Personalversorgung an Kitas

Den pädagogischen Fachkräftemangel bei uns im Land bekommen die Erzieher*innen schon jetzt in den Einrichtungen zu spüren. In M-V muss eine Fachkraft so viele Kinder betreuen wie in kaum einem anderen Bundesland.^[2] Wir sehen darin nicht nur die strukturellen Voraussetzungen für die Entstehung von Situationen gegeben, in denen das Kindeswohl gefährdet sein kann, sondern auch eine Beeinträchtigung des Rechts der Kinder auf eine altersangemessene Förderung und Bildung.^[3]

[2]https://www.laendermonitor.de/fileadmin/files/laendermonitor/keyfacts/mv_keyfacts_2018.pdf

[3]https://www.kitaelternrostock.de/storage/Personal/2018-09_KSER-SN_Personalschl%C3%BCssel%20final.pdf



2.1 Fachkräftemangel

Frage: Welche Vorkehrungen wollen Sie in Rostock treffen, um engagierten Nachwuchs für das Berufsbild Erzieher*in zu gewinnen bzw. zu begeistern? Welche Maßnahmen und Strategien wollen Sie verfolgen, um die fachliche Qualität von Quereinsteigern im Bereich Kita und Hort orientiert an fachlichen Standards herzustellen und zu sichern?



Kooperation in der Stadt

- ErzieherInnen leisten herausragende Arbeit unter teils schwierigen Bedingungen, viele tun das mit Leidenschaft und erleben Freude im Beruf.
- Berufsinteressierte sollen von dieser Leidenschaft begeistert werden.
- Dafür braucht es ein Bündnis für Erziehung aus Politik, Stadtverwaltung, Schulen, Trägern und Agentur für Arbeit.
- Dieses Bündnis soll:
 - Praktika/Ausbildungsstellen vermitteln
 - Stipendien/Zuschüsse ausreichen
 - Qualitätsstandards sichern
- Dabei soll auch die Möglichkeit der praxisintegrierten Erzieherausbildung (PiA) ausgebaut, gefördert und aktiv beworben werden.



Ausbildung

- Die duale Ausbildung mit entsprechender Vergütung für die Auszubildenden ermöglicht es Einrichtungen, angehende PädagogInnen frühzeitig an sich zu binden.

Löhne und Personalschlüssel

- Durch eine leistungsgerechte, verbesserte Vergütung sowie durch einen besseren Personalschlüssel muss die Attraktivität des Berufs gesteigert werden.
- Bund und Land stehen in der Verantwortung, dafür die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

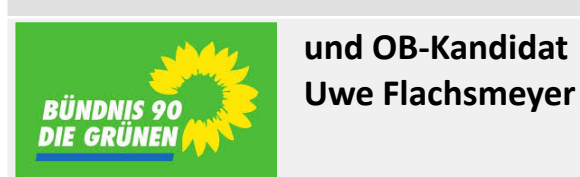
Quereinsteiger

- ...sind eine wichtige Ergänzung zur Deckung des Personalbedarfs, zugleich muss Sorge getragen werden, dass die Qualität der Ausbildung und das fachliche Niveau der Fachkräfte hoch ist.



Löhne

- Eine fehlende Ausbildungsvergütung sowie fehlende oder schlechte Tariflöhne sorgen für Abwanderung von Fachkräften.
- Eine leistungsgerechte Vergütung (auch bei Tagesmüttern und -vätern) schließt Personallücken, sichert die Qualität der Betreuung und entlastet die bestehenden Belegschaften.
- Kinder sind das größte Kapital einer Gesellschaft, das muss sich auch in der Entlohnung der sie betreuenden und begleitenden Fachkräfte widerspiegeln.



Ausbildung

- Die Berufsschule Alexander Schmorell kann Kapazitäten erhöhen, das ist in der Verantwortung des Landes, Rostock kann als Trägerin der Schule räumliche und sächliche Voraussetzungen für einen Ausbau schaffen.
- Private Ausbildungsstätten werden mehr Zulauf erhalten, wenn dort das Schulgeld wegfällt.
- Die Stadt kann Maßnahmen zur Berufsorientierung gezielter auf die Kita-Pädagogik ausrichten.
- Die praxisintegrierte Ausbildung (PIA) ist ein Hilfsmittel zur Entwicklung von Fachkräften, soll die reguläre Ausbildung aber nicht verdrängen.
- Quereinsteiger sollen nur bei ausreichender Qualifizierung berücksichtigt werden.

Löhne

- Die tarifliche Entlohnung ist eine wichtige Motivation für das Berufsbild.
- Die Stadt soll dieses Anliegen soweit möglich unterstützen.



Ausbildung

- In den kommenden Jahren wird mehr als ¼ aller ErzieherInnen aus dem Berufsleben ausscheiden.
- Das Land steht in der Verantwortung, Ausbildungsmöglichkeiten gezielt auszubauen und entsprechende Ankündigungen nun umzusetzen.
- Die praxisintegrierte Ausbildung (PIA) für ErzieherInnen im Bereich 0-10 Jahre muss weiter verbessert werden.
- Anleitungszeiten von MentorInnen sowie Arbeitszeiten von Azubis müssen gesondert berechnet werden.
- Ausbildungsvergütungen dürfen nicht ins Entgelt einfließen.

Arbeitsbedingungen

- ...müssen sich insgesamt verbessern
- Das Land soll beschlossene Qualitätsverbesserungen ausfinanzieren, damit Kommunen diese umsetzen können.



Allgemeine Voraussetzungen

- Seitdem SPD und CDU im Jahr 2000 die Privatisierung des Kita- und Hortsektors beschlossen, fehlt es der Stadt an Möglichkeiten der direkten Steuerung.
- Die Stadt soll durch Marketingaktionen auf den Attraktivität des Berufsfeldes hinweisen.
- Die Rahmenbedingungen für die Arbeit von ErzieherInnen sollen verbessert werden.

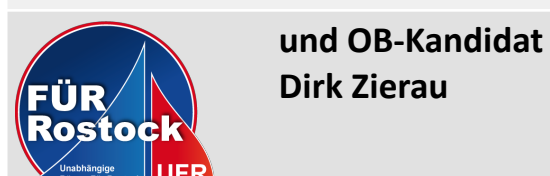
Personalentwicklung und Ausbildung

- Ein direkter Einfluss auf die Ausbildung von ErzieherInnen erscheint für die Stadt nicht möglich.
- Verträge der Stadt mit den Trägern von Einrichtungen sind auf die Möglichkeit, verstärkter Maßnahmen zur Personalentwicklung zu prüfen.
- Quereinsteiger sollen berücksichtigt werden, wenn sie die fachliche Qualifizierung nachweisen können.



Ausbildung und Quereinsteiger

- Die Arbeitszeit von ErzieherInnen-Azubis könnten aus der Berechnung des Personals an Einrichtungen herausgehalten werden.
- Die Ausbildung von Quereinsteigern zur ErzieherInnen sollte geprüft werden.
- In Kooperation mit der Agentur für Arbeit könnten entsprechende Modellprojekte aufgelegt werden.
- Wichtig ist, dass keine der Maßnahmen zu einer Minderung der Qualität in Kitas führt.



Allgemeine Voraussetzungen

- Der Mangel an Fachkräften ist ein Problem.
- Seitdem in Rostock die Privatisierung des Kita- und Hortsektors beschlossen wurde, fehlt es der Stadt jedoch an Möglichkeiten der direkten Steuerung.

Ausbildung

- Die Stadt kann Träger zur Ausbildung von ErzieherInnen motivieren, indem damit verbundene Mehraufwendungen in die Berechnung der Entgelte einbezogen werden.
- Zu klären wäre, wie die dadurch steigenden Kosten pro Kitaplatz kompensiert werden.

Attraktive Lebensbedingungen

- Das Wohn- und Lebensumfeld hat einen Einfluss auf die Bindung von Fachkräften in der Stadt.
- Die Willkommenskultur für zugezogenen Fachkräfte kann verbessert werden, das städtische Welcome Center ist dafür ein erster Schritt.

Edgar Schulze (OB Kandidat, parteilos)

Allgemeine Voraussetzungen

- Interesse und Begeisterung für das Berufsbild ErzieherIn muss gefördert werden. Dafür sollen folgende Aspekte verbessert werden:

Arbeitsumfeld und Ausstattung von Kitas

- Kitas sollen ein modernes Arbeitsumfeld bieten.

Ausbildung von Fachkräften

- Zukünftige Fachkräfte sollen in der Phase der Qualifikation gut vorbereitet und begleitet werden.

Löhne

- Der Lohn von ErzieherInnen muss so ausfallen, dass Menschen davon in Rostock gut leben können.

Personalschlüssel

- Einrichtungen müssen über genügend Personal verfügen, d.h. es ist ein zumutbarer Personalschlüssel nötig.

Zuletzt...

- muss auf die Zufriedenheit von ErzieherInnen und Kindern geachtet werden.

Dr. Tom Reimer (OB Kandidat, parteilos)

Allgemeine Voraussetzungen

- Das Begleiten, Betreuen und Bilden von Kindern ist eine wichtige Aufgabe.
- Um die Attraktivität des Berufs ErzieherIn zu fördern, soll auf den Wert von Familie und Kindern hingewiesen werden.

Löhne

- Der Lohn von ErzieherInnen fällt oft zu niedrig aus und entspricht nicht der großen Verantwortung ihrer Aufgabe.
- Insbesondere die nicht tarifgebundenen Löhne vieler freier Träger sind nicht akzeptabel.
- Die Stadt spart hier Geld, auf Kosten der Attraktivität des Berufs.

Quereinsteiger

- ...sollen gezielt gefördert werden.
- Kinder profitieren von einer vielfältigen Belegschaft in den Einrichtungen.

2.2 Personalschlüssel

Frage: Welche Maßnahmen und Strategien wollen Sie ergreifen, um in Rostock eine Verbesserung des Personalschlüssels an Kitas umzusetzen? Bitte erläutern Sie insbesondere, welche Spielräume Sie sehen, die für die Personalzuweisung in Rostock maßgebliche „Satzung über die Nutzung und die Finanzierung der Plätze der Kindertagesförderung (KiföG-Satzung)“ weiterzuentwickeln?



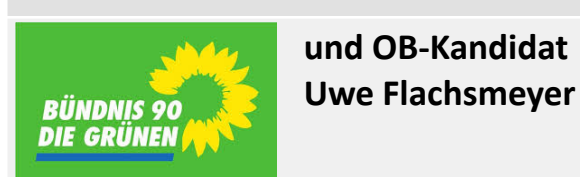
- Ausgangslage/Problem**
- Derzeitiger Personalschlüssel reicht nicht aus.
- Ziele/Strategien für Rostock**
- Allgemein: Rostock muss beim Personal eine Vorreiterrolle einnehmen.
 - Kooperation: Stadt, Eltern und Träger sollen einen „Runden Tisch“ bilden, um Wünsche, Kosten und Machbarkeiten von Verbesserungen beim Personal abzustimmen.
- Forderungen an das Land**
- Das Land soll sich stärker als bisher an den Kita-Kosten beteiligen.



- Ausgangslage/Problem**
- Der schlechte Personalschlüssel ist auf die Landesgesetzgebung zurückzuführen.
- Forderungen an das Land**
- Forderung nach mehr Investitionen des Landes in die frühkindliche Bildung sowie die Schulbildung
 - Eltern sollen einen Beitrag zur Betreuung leisten, gestaffelt nach Einkommen.
 - Das dadurch zusätzlich gewonnene Geld soll in Qualitätsverbesserungen und Fachkräftegewinnung investiert werden.



- Ausgangslage/Problem**
- M-V ist Schlusslicht bei Fachkraft-Kind-Relation.
 - Außerdem fehlt es an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt.
- Ziele/Strategien für Rostock**
- Politisch: Anpassung der Kita-Satzung für einen besseren Personalschlüssel, allerdings nur, wenn dafür auf absehbar genügend Personal angeworben werden kann.*
- Forderungen an das Land**
- Gesetzliche Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation.
 - Maßnahmen zur besseren Vergütung von Kita-Personal, um den Beruf attraktiver zu machen und mehr Nachwuchs bei den ErzieherInnen zu gewinnen.



- Ausgangslage/Problem**
- Hauptproblem der Kita-Satzung der Stadt, dass Kinder arbeitsloser Eltern nur Anrecht auf einen Teilzeitplatz haben.
- Ziele/Strategien für Rostock**
- Politisch: Beseitigung der Diskriminierung durch Teilzeitplätze, was gegenwärtig nur als freiwillige Leistung der Stadt möglich ist.
- Unterstützung durch Land/Bund**
- Eine Verbesserung des Personalschlüssels ist Sache des Landes.



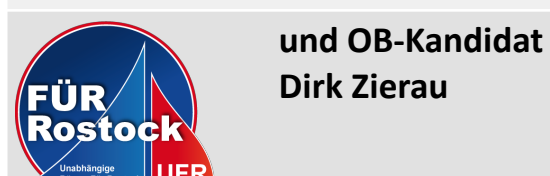
- Ausgangslage/Problem**
- Personalfragen richten sich nach Standards und finanziellen Rahmenbedingungen, die das Land setzt.
- Unterstützung durch das Land**
- Das Land muss für das Kita-System mehr Mittel freigeben.
 - Im Landesgesetz ist vor allem die Fachkraft-Kind-Relation für Hortbereich zu verbessern (von 22 auf 18 Kinder pro PädagogIn).
 - Im Landesgesetz soll außerdem die Möglichkeit einer ‚durchschnittlichen‘, d.h. im Einzelfall deutlich abweichenden Personalversorgung in den Kita- und Hortgruppen entfallen.
 - Ggf. müssen Fachkräfte durch zusätzliches Betreuungspersonal unterstützt werden.
 - Zugleich soll am Fachkräftegebot festgehalten werden.



- Ausgangslage/Problem**
- Eine Qualitätsverbesserung erfolgt über eine Verbesserung des Personalschlüssels*.
 - Vertretungspersonal für Urlaub, Krankheit sowie Weiterbildung ist einzubeziehen.
- Ziele/Strategien für Rostock**
- Die seit 2004 ausstehende Anpassung des Personalschlüssels in Rostock soll nachgeholt werden.
 - Die festgestellten Bedarfe von Seiten der Regionalen Liga sind durch die Kommune zu prüfen und ggf. anzuerkennen: Krippe 1,7 Stellen-Anteile pro Vollzeitstelle, Kindergarten 1,86 und Hort 1,02.
 - Die KiföG - Satzung ist dementsprechend anzupassen.



- Ausgangslage/Problem**
- Die Forderungen nach einer Verbesserung der Personalsituation sind legitim und politisch maßgeblich.
- Ziele/Strategien allgemein**
- Azubis sollen nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden.
 - Programme zur Einbeziehung von (fachlich qualifizierten) Quereinsteigern sind zu unterstützen.
 - Mentorentätigkeiten für die Ausbildung und Nachqualifizierung neuer Fachkräfte sind bei der Berechnung des Personalschlüssels besser und umfangreicher zu berücksichtigen.
- Unterstützung durch das Land**
- Eine Absenkung der Fachkraft-Kind-Relation muss schrittweise erfolgen mit Unterstützung der Landesregierung.
- Kooperationspraxis**
- Eine intensive Abstimmung der Bedarfe zwischen Stadt und Kita-Trägern ist anzustreben.



- Ausgangslage/Problem**
- Das Land stellt (rechtswidrig) bisher zu wenig Mittel bereit.
 - Knackpunkt sind die Vorgaben des Landes, wieviel Stunden Einrichtungen erhalten, um Ausfallzeiten und zusätzliche Aufgaben des Personals zu kompensieren (Personalschlüssel).
- Planung und Entwicklung**
- Entwicklung eines transparenten und vereinfachten Verhandlungs- und Kalkulationsschemas für die Entgeltverhandlungen zwischen Stadt und Einrichtungen.
- Unterstützung durch Land/Bund**
- Stadt und freie Träger müssen politischen Druck auf das Land aufbauen, zugleich sollen Spielräume der Kommune genutzt werden, um vorübergehend Verbesserungen beim Personal zu erreichen.

Edgar Schulze (OB Kandidat, parteilos)

- Ziele/Strategien für Rostock**
- Die Kita-Satzung muss alle zwei Jahre auf Aktualität überprüft werden.
 - Regelungen zum Personal sollten kein ‚Dogma‘ sein.
 - Eine Verbesserung der Personalversorgung ist anzustreben.*

Dr. Tom Reimer (OB Kandidat, parteilos)

- Ausgangslage/Problem**
- Der Personalschlüssel in Krippe und Kita ist nicht tragbar, die Kinder sind die Leidtragenden.
- Ziele/Strategien für Rostock**
- Politisch: Anpassung des Personalschlüssels in der KiföG-Satzung. Angestrebt wird ein Verhältnis von 1 PädagogIn : 3 Kindern in der Krippe, 1:9 im Kindergarten*
- Unterstützung durch das Land/den Bund**
- Land und Bund stehen in der Verantwortung, die Verbesserungen beim Personal finanziell zu gewährleisten.

*Anmerkung des Stadtelternrates:

Das Landesgesetz regelt die Fachkraft-Kind-Relation, d.h. das Verhältnis von Personal und Gruppengröße. Die kommunale Kita-Satzung regelt auf Basis landesgesetzlicher Umsetzungsempfehlungen den Personalschlüssel, in dessen Berechnung auch Fehlzeiten durch Krankheit, Urlaub etc. sowie ergänzende Arbeiten, wie Vor- und Nachbereitung, Dokumentation oder Beratung von Eltern (sog. mittelbare Arbeiten) einfließen. Das heißt, der Personalschlüssel legt fest, um wie viele Stellen-Anteile eine Vollzeitstelle ergänzt werden darf, um Fehlzeiten und mittelbare Arbeiten auszugleichen. Der Personalschlüssel wird daher mit Kommastellen angegeben. Je höher der Personalschlüssel ausfällt, desto mehr Fachpersonal können Einrichtungen zusätzlich einstellen und in den Kostenverhandlungen mit der Kommune geltend machen. Vielfach wird kritisiert, dass die aktuell in vielen Kommunen geltenden Personalschlüssel nicht ausreichen, um zu garantieren, dass immer ausreichend Personal für die Kinder zur Verfügung steht.

3 Qualität der Betreuung und Bildung

Der bundesgesetzliche Auftrag der Tageseinrichtungen ist Maßstab für die Qualität einer Tageseinrichtung, unabhängig davon, welches Qualitätsmanagement die Einrichtung anwendet. Die Rahmenbedingungen und die Qualität der pädagogischen Arbeit werden im Wesentlichen bestimmt durch:

→ die pädagogische Konzeption, die Fachlichkeit der pädagogischen Kräfte (Ausbildung und Weiterbildung), die Evaluation der Umsetzung der Konzeption sowie durch die Relation zwischen Fachpersonal und Kinderzahl, die Gruppengrößen, die räumlichen Bedingungen und die Ausstattung.



3.1 Qualitätsentwicklung

Frage: Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Aufrechterhaltung und kontinuierliche Steigerung der Qualität der Betreuung und Förderung in den verschiedenen Einrichtungen trotz der veränderten Form der Finanzierung der Plätze zu gewährleisten?



Allgemein

- "Qualitätsverbesserung muss wieder Priorität in der Kita-Politik erhalten."



Unterstützung durch Land/Bund

- Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern erschwert Bereitstellung von Bundesmitteln für Bildung in den Kommunen. Das muss sich ändern.
- Zuständigkeitsänderung von Sozial- auf Bildungsministerium: Kitas sind „...keine Sozialeinrichtung, sondern Bildungseinrichtungen...“

Finanzierung

- Klare Trennung von Gebäude und Personalkosten zwischen Kommune und Land, feste Betragsbindung der Mittel je Kind

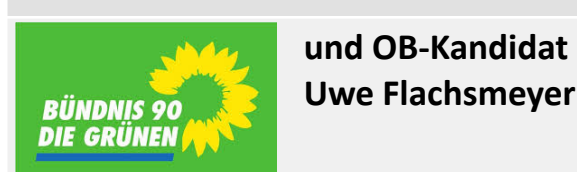


Finanzierung

- Qualität ist abhängig von den finanziellen Mitteln
- Eventuelle Mehreinnahmen aus pauschalisierten Elternbeitragsersstattungen in verbesserte Vergütung der Betreuenden investieren
- Damit Anreiz für Fachkräftegewinnung schaffen

Kontrolle

- Transparenz durch Protokollierung und regelmäßige Rückmeldung an Eltern und öffentliche Jugendhilfeträger



Finanzierung

- Absichtserklärung des Landes der Gelderverwendung aus dem Gute Kita Gesetz ist fraglich, Land würde dann die Elternbeiträge übernehmen, Stadt muss weiterhin kommunalen Anteil tragen

Allgemein

- „Auf die inhaltliche Betreuung hat diese Umschichtung keinen Einfluss.“



Finanzierung

- Absichtserklärung des Landes die Elternbeiträge zu übernehmen ist nicht ausreichend, Steigerung der Aktivitäten zur Fort- und Weiterbildung oder mehr Ressourcen für Elternarbeit wünschens-, erstrebenswert .



Finanzierung

- „Für Kommunen und Kitas ändert sich nichts“; Entlastung insbesondere für einkommensstarke Familien, einkommensschwache erhalten bereits Unterstützung
- Kommune muss weiterhin Finanzmittel für Infrastruktur in den Haushalt einstellen

Allgemein

- „Das Geld in die Qualität von Kits zu stecken hätte einen höheren Effekt gebracht“
- quartiersbezogene Analyse zu Bedarfen & Handlungsmöglichkeiten als Voraussetzung für bedarfsgerechte Investitionen

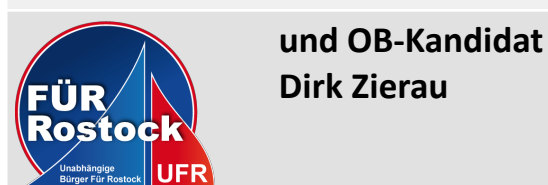


Allgemein

- Die Beitragsfreiheit ist ein erheblicher Schritt zur Entlastung von Familien, insbesondere jenen mit niedrigen Einkommen.
- Absenken des Betreuungsschlüssels ist notwendig, um langfristig gute Qualität sicherzustellen.

Finanzierung

- Städtische Kofinanzierung zur schnelleren Absenkung der Fachkraft- Kind-Relation muss überlegt werden.



Allgemein

- Die Beitragsfreiheit hat keinen unmittelbaren Einfluss auf die oben erwähnten LQE-Vereinbarungen nach § 16 Abs. 1 KiföG MV.
- Entscheidend kommt es darauf an, dass das Land seiner Kofinanzierungspflicht hinreichend nachkommt, sodass der verbleibende Teil, den nunmehr nur noch die Landkreise/kreisfreien Städte und die Wohnsitzgemeinden tragen, sachgerecht durch die Kommunen und Landkreise gestemmt werden kann.

Edgar Schulze (OB Kandidat, parteilos)

Ausgangspunkt/Problem

- Qualität der Kita-Betreuung muss kontinuierlich steigen.

Ziele/Strategien

- Allgemein: Eine vollständige Befreiung von Elternbeiträgen kann dazu führen, dass Geld für Personal, Modernisierungen oder den Ausbau des Angebots fehlen.
- Allgemein: Eine ‚bedarfsgerechte‘ Beteiligung der Eltern an den Kita-Kosten ist anzustreben.

Dr. Tom Reimer (OB Kandidat, parteilos)

Ausgangspunkt

- Die Entlastung der Eltern von Betreuungskosten war überfällig und ist richtig.
- Ggf. können Eltern auf diese Weise auch Arbeitszeit einsparen und mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen.

Ziele/Strategien

- Allgemein: Dennoch muss sichergestellt werden, dass eine inhaltlich angemessene und kindgerechte Förderung und Entwicklung der Kinder möglich ist und die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stehen.
- Land: Es ist zu prüfen, ob das Land dafür die notwendige Finanzgrundlage geschaffen hat.

3.2 Standards im Vorschuljahr

Frage: Wie werden Sie sich für das Voranbringen und Umsetzen eines inhaltlich einheitlichen pädagogischen Vorschuljahres in Rostock einsetzen?



und OB-Kandidat
Claus Ruhe Madsen

Allgemein

- durch unterschiedliche Vielfalt im Angebot der verschiedenen Träger kann auf die speziellen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bedürfnisse eines Kindes eingegangen werden. Das muss auch für das Vorschuljahr gelten.
- Sprache ist ein zentraler Schlüssel
- Daher Befürwortung eines verstärkten Angebots im Bereich Deutsch und Deutsch als Fremdsprache.
- Schaffung von individuell vertraglichen Lösungen, die in einen Rahmenvertrag einfließen können



Allgemein

- Ein inhaltlich einheitliches Vorschuljahr lehnen wird abgelehnt.
- Verantwortung Land/Bund**
- Forderung, dass Bildungskonzeption des Landes einen klar vergleichbaren Anforderungskatalog an die Fähigkeiten der Vorschüler definiert
- Träger**
- einrichtungsspezifische Bildungskonzeption und Fähigkeit der Fachkräfte weisen den Weg, um zu gewährleisten, dass den individuellen Bedürfnissen entsprochen wird



Allgemein

- Vorschulangebote sollten in partnerschaftliche Gesamtkonzeption mit Schulen eingebettet sein; Erziehende, Lehrende und Eltern sollten beteiligt sein
- Intensiver Austausch zwischen Fachkräften, gegenseitige Besuche von Schule und Kita; gemeinsame Angebote mit Schulkindern
- Enge Zusammenarbeit der Erziehenden, Lehrenden und Eltern sollten maßgeblich zur positiven Verarbeitung und zum guten Gelingen des Übergangs beitragen



und OB-Kandidat
Uwe Flachsmeyer



und OB-Kandidat
Steffen Bockhahn

Allgemein

- Es gibt eine Bildungskonzeption für 0-10 Jährige, die Standards festschreibt.
- Willkür dürfte gar nicht vorhanden sein, auch wenn verschiedene pädagogische Konzepte möglich sind.
- Wenn die Bildungskonzeption nicht eingehalten wird, müssten sich Betroffene an das Amt für Jugend, Soziales und Asyl wenden.



und OB-Kandidatin
Sybille Bachmann

Stadt

- Stadt kann Entwicklung eines einheitlichen pädagogischen Mindeststandards moderieren, jedoch nicht vorgeben
 - Fachkonferenz denkbar
- Träger**
- Eltern können Konzept bei Trägern einfordern
- Eltern**
- Elternhäuser sind selbst gefragt, die Kinder auf die Schule vorzubereiten



und OB-Kandidat
Chris Müller-von Wrycz
Rekowski

Allgemein

- Einheitliche Standards beim pädagogischen Vorschuljahr sollten in erster Linie durch das Land gesetzt werden, können aber durch die Kommune ebenso mit definiert werden.
- Allerdings ist auch das Anforderungsprofil der Eltern hierbei von Bedeutung. Ein heterogenes pädagogisches Angebot in Rostock muss nicht zwangsläufig schlecht sein, wenn dieses in Abstimmung zwischen öffentlicher Hand, lokalen Trägern und den Elternräten abgestimmt ist.



und OB-Kandidat
Dirk Zierau

Edgar Schulze (OB Kandidat, parteilos)

Ausgangspunkt/Problem

- Kinder brauchen eine Begleitung, die zu ihren individuellen Wünschen und Bedürfnissen passt.
 - Zugleich sollen Kinder zentrale Kompetenzen in Vorbereitung auf die Schule erwerben, z.B. soziale Fähigkeiten, Selbständigkeit, etc.
- Ziele/Strategien**
- Es ist im Blick auf das Vorschuljahr ein einheitliches Betreuungs- und Lernangebot zu schaffen, das im Austausch zwischen dem OB, der Stadt, den Einrichtungen und allen weiteren Beteiligten festgelegt und verbindlich in allen Einrichtungen angewendet wird.
 - Es muss auf die Zufriedenheit von ErzieherInnen und Kindern geachtet werden.

Dr. Tom Reimer (OB Kandidat, parteilos)

Ausgangspunkt/Problem

- Jedes Kind ist anders, das Bildungssystem muss diesen Unterschieden bestmöglich gerecht werden und sich ggf. verändern.
 - Eine Verschulung des letzten Kindergartenjahres ist kritisch einzuschätzen.
- Ziele/Strategien**
- Kitas verfügen über große konzeptionelle Freiheit, die sie nutzen sollen, um vielfältige, kindgerechte Angebote für das Vorschuljahr zu entwickeln.
 - Eine Vereinheitlichung des Vorschuljahres ist nicht das Ziel, die Vielfalt der Angebote ist auszubauen und weiter zu entwickeln.

Allgemein

- Verweis auf LQE-Vereinbarungen, KiföG MV §1, Abs. 3 und 4
- Kooperationsvereinbarungen zwischen Grundschulen und Kita-Einrichtungen sind absolut sinnvoll
- Inhaltliche Dinge sollten mit Elternräten und KSER abgestimmt werden
- Einigkeit im Punkt: Vorschule ist wichtiges Element, um einheitliche Bildungschancen unabhängig von sozialer Herkunft, individuellen Fähigkeiten und Veranlagungen zu gewährleisten

4 Flexibilisierung

Familien müssen einer Reihe von Verpflichtungen nachkommen. Eine besondere Herausforderung ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eltern benötigen für die Bewältigung dieser Herausforderung ein belastbares und auch anpassungsfähiges Betreuungsangebot.^[4]

[4] Eine Erhebung entsprechender Bedarfe Rostocker Eltern bietet die von der Rostocker Stadtverwaltung in Auftrag gegebene Studie: Schwertfeger, A., & Neubauer, M. (2015). *Bedarfsermittlung für die Weiterentwicklung familienunterstützender Betreuungsangebote an den Rostocker Kindertagesstätten: Ergebnisse der Elternbefragung 2014*. Rostock.

https://rathaus.rostock.de/sixcms/media.php/rostock_01.a.4984.de/d/atei/20150407_Bericht%20Elternbefragung%5B1%5D.pdf, S. 34ff.

[5] Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung in der Hansestadt Rostock 2016 ff. (n.d.). Rostock.

https://rathaus.rostock.de/sixcms/media.php/rostock_01.a.4984.de/d/atei/JHA15112016_BV2010_AnlageKitabedarfsplanung.pdf, S. 114ff.



4.1 Erweiterte Betreuungsangebote

Die Kita-Bedarfsplanung der Stadt-Rostock schlägt eine Reihe von Flexibilisierungs-modellen für die Weiterentwicklung von Tagespflege, Kita und Hort vor, von der Anpassung der Öffnungszeiten bis hin zur Ausgestaltung von Kitas zu sog. Familienzentren. **Frage:** Wie stehen Sie zu diesen Vorschlägen? Und mit welchen konkreten Maßnahmen und Schritten wollen Sie an der Flexibilisierung der Betreuungsangebote in Rostock arbeiten?



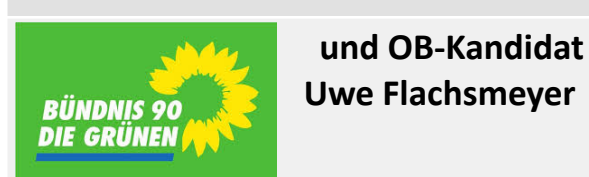
- Allgemein**
- Betreuungsmöglichkeiten müssen zur Lebenswirklichkeit passen.
- Planung und Entwicklung**
- Ausbau von 24h Kitas, Tagespflege und eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten wird angestrebt.
 - Ein Umdenken in der Verwaltung und bei den Vergütungsmodellen muss passieren.



- Allgemein**
- Kinderbetreuung muss sich nach Bedürfnissen der Familien richten.
 - Zur Wahlfreiheit bei den Betreuungszeiten und -angebote gehört ein entsprechendes Platzangebot in Rostock.
- Planung und Entwicklung**
- möglichst wenig Auflagen für Träger zur Ausgestaltung der Betreuungsangebote,
 - so sollen vielfältige Betreuungsangebote entstehen, um Eltern gerecht zu werden



- Planung und Entwicklung**
- Ausbau und Stärkung der Kindertagespflege gerade auch in der Randzeitenbetreuung
 - Handlungsbedarf besteht, daher wird an der Umsetzung der Möglichkeit einer Randzeitenbetreuung in der Kindertagespflege mit dem öffentlichen Jugendhilfeträger gearbeitet



- Allgemein**
- Die durch das [Jugend-]Amt eingeleiteten Flexibilisierungen gehen in die richtige Richtung und werden von B90/Grüne unterstützt.



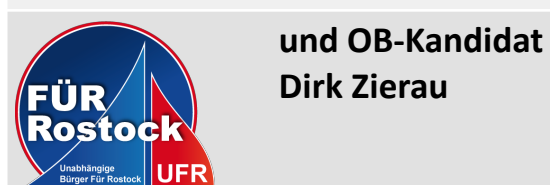
- Allgemein**
- In Bezug auf die Öffnungszeiten gilt: Kindeswohl steht an erster Stelle.
 - Kinder sollten neben den Zeiten in der Kita auch ausreichend Zeit mit den Eltern verbringen.
 - Stadt und kommunale Unternehmen sollen Vorbilder sein und bis zum Ende der vierten Klasse Familienphasen ermöglichen.
- Planung und Entwicklung**
- Randzeitenbetreuung ist notwendig.
 - mit klugen Konzepten soll auch Betreuung an Wochenenden und Feiertagen für Berufstätige ausgebaut werden.
 - Betreuung über Nacht wird grundsätzlich sehr kritisch gesehen.
 - Alternativ werden kleinteiligere Modelle mit Betreuung in der Häuslichkeit angestrebt.



- Allgemein**
- Die Vorschläge sind zu begrüßen.
 - Umsetzung sollte entsprechend den Bedarfen quartierbezogen erfolgen.
- Planung und Entwicklung**
- Kommune kann Bedarfe & Wünsche erfassen und an Träger weitergeben.
 - Per Trägerverhandlungen ist die Umsetzung durchsetzbar.
 - Eine Betriebs-Kita für die Universitätsklinik mit erweiterten Öffnungszeiten wurde durch die Kandidatin (S. Bachmann) in Gang gesetzt.
 - Für den Hochschulbereich wäre dies ebenfalls erforderlich. Weitere Unternehmen könnten sich anschließen.
 - Ein Träger hat die Anregung, eine Kombi aus Kita, Altersheim und Tagespflege aufgegriffen.



- Allgemein**
- Basierend auf einer bedarfsgerechten Planung kann auch eine Flexibilisierung des Betreuungsangebotes, insbesondere im Bereich der Öffnungszeiten, vorgenommen werden.
 - Die Einbeziehung der Elternräte in den jeweiligen Einrichtungen muss dabei weiter gestärkt werden, da in erster Linie die Eltern wissen, welche weiteren Angebote für ihre Kinder vorgehalten werden sollen.



- Allgemein**
- Das ist ein sehr sensibles Thema, das wieder nur gemeinsam auch mit Ihnen und den Elternräten zu lösen sein sollte.
 - Flexiblere Öffnungszeiten sind wichtig.
- Planung und Entwicklung**
- Der Bedarf und die familiären Folgen sind zu analysieren.
 - Kita-Öffnungszeiten sollten nicht generell ausgeweitet werden.
 - Die frühkindliche Entwicklung sollte vorrangig innerhalb der Familie stattfinden.
 - Berufstätige sollen Eltern entlastet, gleichzeitig das „Großwerden“ innerhalb der Familie ermöglicht werden.

Edgar Schulze (OB Kandidat, parteilos)

- Ausgangspunkt/Problem**
- Die Bedarfe zur Weiterentwicklung von Kita-Angeboten unterscheiden sich von Einrichtung zu Einrichtung. Eine standortbezogene Bedarfsanalyse ist Voraussetzung für Anpassungen.
- Ziele/Strategien**
- Anpassungen des Betreuungsangebotes erfolgen in Abstimmung mit Einrichtungen und Eltern.


Dr. Tom Reimer (OB Kandidat, parteilos)

- Ausgangspunkt/Problem**
- Flexibilität der Kita-Öffnungszeiten sollte ergänzt sein durch Flexibilität bei den Arbeitszeiten der Eltern. ArbeitgeberInnen sind hier in der Pflicht.
 - Flexibilisierungsmodelle sollten sich immer am Wohl des Kindes orientieren.
- Ziele/Strategien**
- Mehrgenerationenhäuser sowie Betriebs- oder der Universitätskindergarten können Vorbildcharakter bei der Flexibilisierung von Betreuungsangeboten haben.
 - Besonders junge Menschen, die sich in Ausbildung oder Studium befinden, sollen durch kostenlose und flexible Betreuungsangebote für ihre Kinder Unterstützung finden.

4.2 Hortöffnungszeiten in den Ferien

Kinder können den Hort regulär 6 Stunden besuchen. Müssen Eltern in den Ferien arbeiten, reicht diese Betreuungszeit regelmäßig nicht. Zusätzliche Betreuungsstunden müssen privat finanziert werden. Eine einheitliche Regelung der Pauschale für diese Servicestunden gibt es nicht, die Berechnung variiert von Träger zu Träger stark.


Frage: Welche Maßnahmen und Strategien wollen Sie ergreifen, um die Abdeckung der Hortbetreuung in den Schulferien zu verbessern?



**und OB-Kandidat
Claus Ruhe Madsen**

Ziele/Strategien für Rostock

- Angestrebt wird ein ‚Rahmenvertrag Hort‘.
- Dafür sollen im Vorfeld unterschiedliche Berechnungsmethoden analysiert und ein Kompromiss zwischen Stadt, Trägern und Eltern gefunden werden.
- Innerhalb des neuen Modells wäre eine stärkere finanzielle Beteiligung der Stadt zu prüfen.




Ziele/Strategien für Rostock

- Im Rahmen der Vertragsverhandlungen zwischen Stadt und Trägern soll eine Ausweitung der Hortbetreuung in den Schulferien erreicht werden.
- Dafür muss auch eine ausreichende Abdeckung mit Fachkräften sicher gestellt werden.

Unterstützung durch Land/Bund

- Die zusätzlichen Personalbedarfe müssen durch Investitionen von Land und Bund abgesichert werden.




Ausgangspunkt/Problem

- Kinder brauchen Strukturen, die ihnen Halt geben. Eine verlässliche Betreuung während der Berufstätigkeit der Eltern gehört auch in den Schulferien dazu.

Ziele/Strategien

- Zusätzliche Betreuungsbedarfe in den Schulferien sind bedarfsgerecht zu gewährleisten und zu finanzieren.



**und OB-Kandidat
Uwe Flachsmeyer**

Ausgangslage/Problem


- Sechs Stunden Hortbetreuung sind in der Zeit der Schulferien nicht ausreichend.
- Änderungen müssen über das entsprechende Landesgesetz (KiFöG M-V), d.h. in der Verantwortung des Landes erfolgen.

Ziele/Strategien für Rostock

- Die Stadt kann durch vertragliche Regelungen mit den Trägern für eine Deckelung der Zusatzentgelte sorgen.

Verantwortung der Eltern


- Elternvertretungen können im Dialog mit den Trägern auf die Absenkung bzw. den Wegfall der Zusatzentgelte für erweiterte Betreuungszeiten in den Schulferien hinwirken.



**und OB-Kandidat
Steffen Bockhahn**

Aussicht auf neues Landesgesetz

- Die aktuell im Landtag M-V vorliegende Novelle des Landesgesetzes für Kitas, Horte und Kindertagespflege (KiFöG M-V) sieht Verbesserungen bei der Ferienbetreuung von Hortkindern vor, die LINKE begrüßt das.
- Die Absicherung einer Ganztagsbetreuung ohne übermäßige finanzielle Zusatzbelastungen der Eltern ist ein Ziel der LINKEN




**und OB-Kandidatin
Sybille Bachmann**

Ausgangspunkt/Problem

- Die Praxis der ‚Buchung‘ zusätzlicher Hortbetreuung in den Schulferien verweist darauf, dass Bedarfe aktuell bereits bedient werden können.
- Strittig ist die Finanzierung der Mehrbelastung bei den Trägern.

Unterstützung durch das Land

- Die Befreiung der Eltern von den Betreuungsentgelten wird das Problem entschärfen.
- Weitere Verbesserungen sind Aufgabe des Landes, etwa durch eine gesetzliche Ausweitung des Betreuungsanspruchs in den Ferien.




**und OB-Kandidat
Chris Müller-von Wrycz
Rekowski**

Ausgangslage/Problem

- Eine funktionierende Jugendhilfeplanung würde zu einer Erfassung und Einplanung zusätzlicher Bedarfe führen.

Ziele/Strategien für Rostock

- Die Jugendhilfeplanung ist entsprechend zu verbessern.



**und OB-Kandidat
Dirk Zierau**

Ausgangspunkt/Problem

- Einheitliche Standards bei der Hortbetreuung in den Schulferien lassen sich nur in Kooperation zwischen Jugendamt und Einrichtungsträgern erreichen.

Ziele/Strategien für Rostock

- Verbesserung der Kooperation zwischen Stadt und Trägern und Schaffung der dafür notwendigen, planerischen Rahmenbedingungen.

Edgar Schulze (OB Kandidat, parteilos)

Ausgangspunkt/Problem

- Die Betreuung der Kinder ist nicht nur eine Aufgabe von Bildungsträgern, sondern auch der Eltern.

Ziele/Strategien

- Eine einheitliche Betreuungspauschale für zusätzliche Betreuungszeit um Hort ist abzulehnen.
- Die aktuelle Hortbetreuung in den Ferien ist ausreichend, für darüber hinaus gehende Bedarfe sind die Eltern selbst verantwortlich.

Dr. Tom Reimer (OB Kandidat, parteilos)

Ausgangspunkt/Problem

- Die Forderung nach einer bedarfsgerechten Hort-Betreuung in den Ferien ist legitim, insbesondere bei berufstätigen Eltern.

Ziele/Strategien

- Eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der Hortöffnungszeiten ist zu gewährleisten.

5 Weitere Vorhaben

Welche weiteren Vorhaben für die Entwicklung von Kitas, Horten und Tagespflege wollen Sie umsetzen?



5 Weitere Vorhaben der BewerberInnen

Frage: Welche weiteren Vorhaben für die Entwicklung von Kitas, Horten und Tagespflege wollen Sie umsetzen?



Planung und Entwicklung

- Ausbau an Angeboten an Krippen, Kita und Horten

Fachkräfte

- Erhöhung des Personalschlüssels, unabhängig von landesrechtlichen Vorgaben zur Gruppengröße
- Schutz vor Überlastungserscheinungen
- Faire Vergütung von Tagesmüttern und -vätern
- Berufstätige, Studenten oder in Bildungsmaßnahmen befindliche Eltern sollen Vorrang bei wohnorts- bzw. arbeitsplatznahen Krippen und Kita-Plätzen (im gesetzlichen Rahmen) erhalten



Planung und Entwicklung

- Steigerung der Qualitätsanforderungen in der Tagespflege
- Mehr Investitionen in städtische Gebäude (KOE)

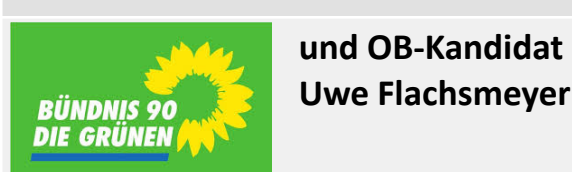


Fachkräfte

- Bessere Wertschätzung des Erzieherberufes und leistungsgerechte Vergütung
- Vereinbarung Familie und Beruf

Planung und Entwicklung

- Bessere Rahmenbedingungen
- Planung enger Zusammenarbeit mit Land, Trägern, Stadt Rostock und anderen Fraktionen für gute Qualität und Quantität in der Kinderbetreuung
- Arbeitsgruppe für Kindertagespflege in Rostock gegründet



Elternrechte

- Unterstützung von Elterninitiativen für neue Betreuungsangebote

Fachkräfte

- Personal muss auskömmlich finanziert werden nach Tarif des öffentlichen Dienstes (unter Beachtung der Trägersouveränität)

Kooperationspraxis

- Kooperation mit Freien Trägern unverzichtbar, da Rostock keine kommunalen Kitas unterhält

Planung und Entwicklung

- Kitabedarfsplanung muss mit Schulentwicklungsplanung abgestimmt werden



Elternrechte

- Finanzierung von Elternratsarbeit
- Stärkung der Mitwirkungsrechte

Planung und Entwicklung

- Verbesserung von Rahmenbedingungen
- Sanierung und bedarfsgerechter Ausbau von Kitas in Rostock weiter vorantreiben



Elternrechte

- enge Zusammenarbeit mit den Kita- & Schulelternräten der Stadt

Planung und Entwicklung

- quartierbezogene Kita-/Hort-/Tagespflege-Planung
- Sanierung und Neubau von Kita-Gebäuden
- Anpassung des Flächennutzungsplanes für Kitas & Schulen
- Im Falle einer Rekommunalisierung der Schulessensversorgung Angebot an Träger zur Mitversorgung von Kitas & Horten
- Fortschreibung Kinder- & Jugendbericht Rostock

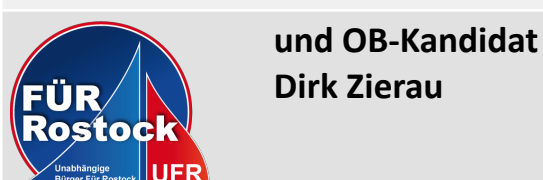


Fachkräfte

- Erzieher-Azubis nicht auf den Personalschlüssel anrechnen
- Mentorenzeiten bei der Begleitung von Aus- und Weiterzubildenden stärker berücksichtigen
- Tarifgerechte Vergütung der Auszubildenden

Unterstützung durch Land/Bund

- Weitere Absenkung des Fach-Kraft-Kind-Relation durch Land und Kommune weiter vorantreiben



Kooperationspraxis

- Verbesserung der Kooperation mit Sport-, Musik-, Kunstvereinen und anderen Kulturschaffenden

Planung und Entwicklung

- Verbesserung der Essenversorgung in Kitas, ggf. auch außerhalb des Finanzierungssystems des KiföG MV (Landesgesetz für Kitas, Horten und Kindertagespflege)
- Förderung talentierter Kinder in Sport oder Kunst unabhängig ihrer sozialen Herkunft ermöglichen → Chancengleichheit

Edgar Schulze (OB Kandidat, parteilos)

Ausbau des Platzangebotes

- ...soll bedarfsgerecht vorangetrieben werden.

Modernisierung

- ...der Gebäude sowie die Digitalisierung der Einrichtungen sollen gefördert werden.

Personalschlüssel

- ... soll vernünftig ausgestaltet sein.

Lernziele und Bildungspläne

- ... sollen übergreifend für alle Einrichtungen festgelegt werden, um eine optimale Förderung und Entwicklung der Kinder zu gewährleisten.

Dr. Tom Reimer (OB Kandidat, parteilos)

Gespräch mit den Eltern

- Wichtig wäre, die Standpunkte der Eltern in Rostock zu den in diesem Fragebogen behandelten Fragen zu erfahren und ins Gespräch darüber zu kommen.

Mehr Freiheit

- ...für Bildungsinstitutionen, um sich zeitgemäß weiter zu entwickeln.
- Sowie Unterstützung durch die Politik bei diesem Entwicklungsprozessen